



Beschluss der 31.Landesmitgliederversammlung (LMV) in Wunsiedel vom 19. bis 21. Oktober 2012

Jugend gestaltet – Für eine offene, demokratische Jugendpolitik

Die Jugend oder “Die Jugendlichen” kommen im täglichen medialen Diskurs nicht besonders gut weg, werden häufig als Problemkinder, Vandalen oder Schläger dargestellt. Dass Jugendliche in der Öffentlichkeit vor allem aufgrund ihrer scheinbaren Frustration wahrgenommen werden, hat nicht nur etwas mit dem sensationsgierigen Charakter der Medienlandschaft zu tun. Indem man der Jugend, bzw. ihrer Faul und-Dummheit schlicht den Schwarzen Peter zuschiebt, macht man es sich nicht nur zu einfach, sondern übersieht auch, dass es grundlegende gesellschaftliche Mechanismen sind, die Entwicklung und Verhalten von Kindern und Heranwachsenden beeinflussen.

Auch um diesem Bild entgegenzuwirken, will die GRÜNE JUGEND Bayern ein grundlegendes Konzept vorlegen, wie sie sich den Umgang mit Kindern und Jugendlichen im Freistaat vorstellt. Was zuerst also wie Nabelschau wirkt, soll viel mehr an den üblichen Vorurteilen sägen und echte Alternativen zu ‘ja dann bauen wir halt einen Spielplatz und /oder einen Skatepark’ bieten.

Wahlen

Die Grüne Jugend Bayern setzt sich für eine aktive Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ein. Das Wahlalter ist eine willkürlich gesetzte Grenze, die eine Beteiligung einer kompletten Gesellschaftsgruppe ausschließt. Die Fähigkeit einer Meinungsbildung hängt allerdings nicht vom Alter der Person ab. Die Hirnaktivität von Vierjährigen ist doppelt so hoch wie die von Erwachsenen. Außerdem gibt es keinen Grund, Menschen das Recht der Wahl abzuerkennen, schon gar nicht aufgrund vermeintlicher kognitiver Fähigkeiten. Wir fordern die Abschaffung des Wahlalters, denn unser Demokratieverständnis geht davon aus, dass alle Menschen das Recht auf eine Teilhabe an Wahlen haben und jede Person dieser Gesellschaft soll selbstständig entscheiden, wann sie sich an Wahlen beteiligen will.

Politische Partizipation

Nicht nur das Wahlalter verhindert, dass Jugendliche ihr Recht wahrnehmen können, sich politisch einzubringen und somit Einfluss auf Entscheidungen und Entwicklungen zu nehmen. Denn neben der theoretischen Chance, sich in komplexe politische Prozesse einzubringen und der echten Befähigung dazu, die eigene Meinung zu artikulieren und auch durchzusetzen, gibt es einen großen Unterschied. Um Jugendliche und Kinder aber dazu zu befähigen, müssen diese den Umgang mit Politik üben und sich ausprobieren können. Hier können Jugendparlamente eine sinnvolle Lösung sein. Diese sollten aber auch mit gewissen Kompetenzen ausgestattet sein, damit nicht der Eindruck entsteht es würde Politik “gespielt”. Echte Beteiligung zum Beispiel beim Bau von Jugendeinrichtungen (Freizeittreffs, Skater-Anlagen..) können hierzu ein erster Schritt sein. Des weiteren müssen Jugendparlamente gehört werden. Wenn sie einen Antrag an das kommunale Parlament weiterleiten, muss dieser auch dort behandelt werden. Um das sicherzustellen, fordert die Grüne Jugend Bayern, die Jugendparlamente endlich im Kommunalrecht festzuschreiben und die Kompetenzen klar zu definieren.

Entwicklung frei von Geschlechterstereotypen

Die Geschlechtskategorie die Kindern bei der Geburt zugeschrieben wird, prägt sie fundamental. Geschlechtstypische Erwartungen, Standards und Rollenzuschreibungen prägen die Identität von Jungen

Beschluss der 31. Landesmitgliederversammlung der GRÜNEN JUGEND Bayern in Wunsiedel (Oktober 2012)

(Bildquelle: pedestrianrex – Lizenz: CC BY-SA 2.0 – Bildlink: <https://secure.flickr.com/photos/pedestrianrex/2420997341/>)



und Mädchen. Lebensentwürfe außerhalb der zweigeschlechtlichen, heterosexuellen Norm werden sozial sanktioniert. Das Umfeld von jungen Menschen weiß ziemlich genau, wie man/frau sich schon in frühen Jahren zu verhalten hat.

Wir möchten, dass sich Mädchen und Jungen frei entwickeln und entfalten können, ohne in bestimmte Rollenstrukturen hineingepresst zu werden. Es muss für die Kinder und Jugendlichen möglich sein, Aspekte verschiedener Geschlechterrollen zu leben. Die Grüne Jugend fordert, die geschlechtersensible Ausbildung zu verstärken. Genderkompetenz muss bei der Ausbildung von Menschen, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, wie zum Beispiel Erzieher*innen und Lehrer*innen, ein Grundbaustein sein. Für interessierte Eltern sollten außerdem ausreichende Informationsangebote geschaffen werden.

Bildung

Die Schule soll ein Ort sein, welcher Kinder und Jugendlichen zu mündigen Bürger*innen erzieht.

Gleichermaßen aber sind derzeit aktive Teilnahmeformen an Schulen massiv beschränkt. Weder haben Kinder und Jugendliche die Möglichkeit, sich an dem Inhalt der Lehrpläne zu beteiligen, noch gibt es die Möglichkeit sich in Struktur und Methodiken einzubringen.

Jugendliche sollen ermutigt werden, eigene Entscheidungen zu treffen und Verantwortung zu tragen. Dies wird allerdings nicht erreicht durch die Entmündigung der Schüler*innen, wie sie zum derzeitigen Zeitpunkt im klassischen Schulalltag passiert. Eine rein leistungsorientierte Form schafft keine Voraussetzung zur Mündigkeit. Wir setzen uns für eine selbstgestaltete, interessen- und bedürfnisorientierte, integrative und systematisch non-formale Bildung, bei der genügend Ansprechpartner_innen, Räume und Gelder bereitgestellt werden, ein. Schule muss ein Ort sein, an dem bereits Demokratie geübt und tatsächlich praktiziert wird. Genauso wie Lehrkräfte müssen die Schüler*innen gewählte Vertreter*innen in den entscheidungstragenden Gremien einer Schule haben. Um dies zu verwirklichen, müssen die Grundlagen einer guten Bildungspolitik geschaffen werden. Aus diesem Grund setzt sich die Grüne Jugend Bayern für eine Basisschule ein, welche obligatorisch von Kinder ab 7 Jahren besucht werden. Ziel der Basisschule ist es ,ausreichend Kompetenzen und Kenntnisse, für ein selbstbestimmtes Leben zu erlernen. Dies soll insbesondere durch eine selbstbestimmte Entscheidung über Bildungswege und über basisdemokratische Vorgehensweisen der Schüler*innen betreffenden Prozesse geschaffen werden. Wir setzen uns für eine Abschaffung der Separation nach sozialer Herkunft, Leistung oder kulturellen Identität ein. Somit schafft die Basisschule eine Heterogenität, welche gleichermaßen ein Spiegel der Gesellschaft ist, und Intoleranz und soziale Separation vorbeugt.

Jugend braucht Freizeit

Nicht nur in der Schule lernen und entwickeln sich Kinder und Jugendliche. Jugendliche brauchen freie Zeit, also Zeit, die ihnen tatsächlich selbst zur Verfügung steht, Zeit in der sie Freiheit und Selbstständigkeit erfahren und lernen können. Durch die aktuelle Bildungspolitik ist die derzeitige Situation von Kindern und Jugendlichen allerdings geprägt durch einen Leistungszwang, der teilweise mehr als 40 Stunden Einsatz erfordert, um mit Hausaufgaben, Schulbesuchen und dem Lernen hinterher zu kommen. Für die eine positive Entwicklung von Kindern und Jugendlichen ist allerdings Zeit für außerschulische Beschäftigungen von mindestens ebenso großer Bedeutung. Dadurch können Selbstständigkeit und persönliche Erfahrung erlangt werden. Genauso bietet auch nur wirkliche Freizeit die Möglichkeit, sich ehrenamtlich und politisch zu engagieren. Freizeit muss frei von Zwang sein und den Kindern und Jugendlichen zur freien Verfügung stehen.

Um diese Zeit gut nutzen zu können, brauchen Kinder und Jugendliche auch Räume, in denen sie ihre Freizeit aktiv gestalten können. Diese müssen den unterschiedlichsten Interessen sowie

Beschluss der 31. Landesmitgliederversammlung der GRÜNEN JUGEND Bayern in Wunsiedel (Oktober 2012)

(Bildquelle: pedestrianrex – Lizenz: CC BY-SA 2.0 – Bildlink: <https://secure.flickr.com/photos/pedestrianrex/2420997341/>)



Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen gerecht werden. Wenn es solche Orte aber nicht gibt oder sie schlicht so unattraktiv sind, dass keine*r sie benutzen möchte (ein gutes Beispiel sind hier leider die meisten Jugendbegegnungsstätten), dann ist es nicht weiter verwunderlich, dass Jugendliche sich an anderen Plätzen aufhalten, wie zum Beispiel an Bahnhöfen, in Parks oder an anderen öffentlichen Plätzen. Es muss die Möglichkeit für selbstverwaltete Räume geschaffen werden, an denen Kinder und Jugendliche autonom ihre Ideen einer freien Jugendszene umsetzen können. Wir brauchen eine Jugendkultur, die der Jugend Verantwortung übergibt, und die zur freien Entfaltung einlädt. Gleichzeitig müssen, um den vielen verschiedenen Interessen von Kindern und Jugendlichen gerecht zu werden, öffentliche Einrichtungen, zum Beispiel im Kunst-, Kultur- und Sportbereich, kostenfrei zur Verfügung stehen. Insbesondere Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen Familien haben derzeit nicht die finanziellen Möglichkeiten, solche Einrichtungen in ihrer Freizeit zu nutzen. Dadurch bleibt ihnen ein Großteil der Freizeitaktivitäten verwehrt, welche aber nachhaltig zur Entfaltung von unterschiedlichen Interessen und zur Erweiterung ihrer Bildung beitragen.

Auch dürfen Einrichtungen zur Freizeitgestaltung nicht nur denen zur Verfügung stehen, die in städtischen Regionen wohnen. Es muss eine Basis geschaffen werden, die Kindern und Jugendlichen aus entlegeneren Gebieten auch ähnliche Möglichkeiten bietet, diese zu nutzen.

Mobilität

Die Mobilität ist, besonders in den ländlichen Regionen, stark eingeschränkt. Auf einen Ausbau des Nahverkehrs aber wartet man vergeblich. Gerade am Abend ist die Heimfahrt vielerorts nur sehr umständlich oder auch gar nicht möglich. Eine Verbesserung der Anbindung entlegenerer Gebiete durch den Nahverkehrsmittel ist zwingend erforderlich. In vielen Regionen sind Jugendliche dann auf Erwachsene mit Führerschein und einem Auto angewiesen. Hier werden die Partizipationsmöglichkeiten an der Gesellschaft für junge Menschen klar eingeschränkt. Wir halten es für äußerst problematisch, wenn Mobilität an den Besitz eines Autos und damit ein Wohlstandsobjekt geknüpft ist. Soziale Unterschiede wirken sich so verstärkt auf die Mobilität und damit die Gesellschaftliche Teilhabe aus.

Ein gut ausgebauter öffentlicher Nahverkehr kann Jugendliche auch davon abhalten, dass sie ab 18 Jahren fast schon automatisch auf das Auto umsteigen. Das aber verlangt Konzepte, die über den Stadtrand hinausdenken und das Umland nicht als einen schmalen Streifen um die Stadt herum betrachten. Häufig ist die Fahrt mit dem öffentlichen Nahverkehr für Jugendliche kaum bezahlbar. Je weiter sie im ländlichen Raum leben, desto teurer wird es. Wir setzen uns dafür ein, dass Kinder und Jugendliche kostenlos den öffentlichen Nahverkehr nutzen können.

Außerdem wollen wir nach dem Vorbild Nordrhein-Westfalens ein Semesterticket für Studierende, das das ganze Bundesland umfasst. Aber auch für junge Erwachsene, die nicht studieren fordern wir faire Tarife. Ein Vorbild hierfür ist die Stadt Wien, die ein Jahresticket im Stadtbereich für 365 Euro anbietet. Die Fahrradmitnahme ist dort kostenlos möglich. Ein nachhaltiges Mobilitätskonzept ist wegweisend für eine ökologische, solidarische Zukunft. Gerade bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen muss die Wahrnehmung alternativer Mobilitätskonzepte, wie (Elektro-)Fahrradverleihsysteme, moderates Carsharing und webbasierte 'Mitfahrgelegenheiten' verbessert werden, da sie oftmals kein eigenes Auto besitzen und bei Nutzung der alternativen Mobilität auch später das Auto nicht als einziges Fortbewegungsmittel begreifen.

Teilhabe und Gestalten

Aktive demokratische Teilhabe ist die Nahrung einer lebendigen Demokratie. Bereits Kinder und Jugendliche müssen in demokratische Prozesse integriert werden. Dies dient gleichermaßen der Entwicklung und selbstständigen Entfaltung dieser als auch der Demokratie in sich. Es gibt keine Begründung, Jugendliche

Beschluss der 31. Landesmitgliederversammlung der GRÜNEN JUGEND Bayern in Wunsiedel (Oktober 2012)

(Bildquelle: pedestrianrex – Lizenz: CC BY-SA 2.0 – Bildlink: <https://secure.flickr.com/photos/pedestrianrex/2420997341/>)



aus dem Prozess der Demokratie auszuschließen. Aus diesem Grund setzt sich die GRÜNE JUGEND Bayern für eine aktive Teilhabe von Jugendlichen ein. Dies schließt sowohl die eigene Bildung und Entwicklung als auch die politische Partizipation ein. Jugendliche brauchen Raum für Entfaltung und Mitbestimmung. Wir stellen uns gegen das vorherrschende Leistungsprinzip, und setzen uns für ein solidarisches, tolerantes, selbstbestimmtes und partizipatives Lernen und Teilhaben von Jugendlichen ein.